RN 22.06.17

Datteln 4: Keine Zusage von Kraft

Kraftwerks-Debatte im Landtag

DATTELN. Die Landesregierung will sich zur Zukunft des E.ON-Steinkohlekraftwerks Datteln 4 nicht festlegen. Unterdessen rosten auf der Baustelle in Datteln die Bauteile weg.

Im Düsseldorfer Landtag ließ sich Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) gestern nicht aus der Reserve locken. Die CDU wollte von der Regierungschefin die Zusage, dass sie das Zielabweichungsverfahren, das der Regionalverband Ruhr (RVR) als zuständiger Planungsträger voraussichtlich am 5. Juli beschließen und bei der Staatskanzlei beantragen wird, zügig über die Bühne bringt. Mir dem Zielabweichungsverfahren sollen Ausnahmen von der Raumplanung ermöglicht werden. Es geht dabei um den Kraftwerksstandort und die Frage, ob dort heimische oder Importkohle verfeuert wird. Ohne diese Änderungen kann der vom Oberverwaltungsgericht Münster gestoppte Kraftwerksbau nicht vollendet werden.

„Mit Sorgfalt entscheiden": Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Foto DPA

Das Land werde über den Antrag des RVR, so er denn gestellt werde, mit Sorgfalt entscheiden, betonte die Ministerpräsidentin in der Landtagssitzung. Aktuell seien inhaltliche Aussagen dazu nicht möglich – „und rechtlich auch bedenklich".

Die CDU-Initiative wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten zurückgewiesen. Vier der fünf SPD-Landtagsabgeordneten aus dem Kreis RE – Hans-Peter Müller, Andreas Becker, Michael Hübner und Carsten Löcker – gaben jedoch eine persönliche Erklärung zu ihrem Abstimmungsverhalten zu Protokoll. Ihnen sei grundsätzlich an einem zügigen Genehmigungsverfahren gelegen, schrieben die Politiker. Es sei jedoch „nicht gesetzeskonform", den am 5. Juli erwarteten RVR-Beschluss jetzt schon vorauszusetzen. In ihrem „Schauantrag" verwechsele die CDU-Landtagsfraktion „politischen Willen mir Recht und Gesetz".

Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) hatte sich jüngst für zeitnahe Entscheidungen ausgesprochen, die eine Inbetriebnahme des Kraftwerks ermöglichen würden. Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen hatte das negativ kommentiert. Im NRW-Parlament sagte Priggen nun, die Politik sei für ein „sauberes Genehmigungsverfahren" zuständig. „Und das machen wir."

Kraftwerksbetreiber E.ON hofft unterdessen, dass die ausstehenden Verfahren bei Land, RVR und Stadt Datteln so zügig wie möglich abgewickelt werden. „Die nächsten Schritte liegen in den Händen der Politik", sagte der Dattelner Projektleiter Andreas Willeke. Vor Ort informierte Willeke den Parlamentarischen Staatssekretär aus dem Bundesarbeitsministerium, Dr. Ralf Brauksiepe (CDU), über die Situation auf der Baustelle. Brauksiepe, der auch NRW-Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) ist, war auf Einladung des CDA-Kreisverbandes Recklinghausen in Datteln. Die Bauten und Anlagen, die vom OVG-Urteil nicht betroffen sind, werde E.ON im Laufe dieses Jahres fertigstellen, kündigte Projektleiter Willeke an. Mehr als eine Milliarde Euro sei in Datteln bereits investiert worden.

Brauksiepe sagte, auch in Datteln stelle sich die Frage, „ob wir in Deutschland Großprojekte noch stemmen können". Der Landesregierung sprach er den politischen Willen ab, das Kraftwerk ans Netz zu bringen. „Hier geht es auch um Arbeitsplätze", betonte er. Michael Wallkötter

CDA-Kreisvorsitzender Ulrich Hempel, Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe und E.ON-Projektleiter Andreas Willeke (v.l.) auf der Kraftwerksbaustelle in Datteln. Foto Michael Wallkötter